



Die Präsidentschaftswahl in den USA steht in weniger als zwei Monaten an, und gleichzeitig beschäftigen zwei bedeutende Gerichtsverfahren die amerikanische Öffentlichkeit. Diese Entscheidungen könnten das politische Klima der USA für Jahre verändern.

Ein Richter steht vor einer entscheidenden Trump-Entscheidung

Über drei Monate sind vergangen, seit ein Geschworenengericht in Manhattan den ehemaligen Präsidenten Donald Trump wegen 34 Straftaten in Zusammenhang mit der Fälschung von Geschäftsunterlagen für schuldig befunden hat. Diese Vergehen stehen im Zusammenhang mit dem Versuch, einen Sexskandal vor der Wahl 2016 zu vertuschen. Dennoch wurde Trump bislang nicht rechtsgültig verurteilt.

Richter Juan Merchan, der den Prozess leitete, hat die Urteilsverkündung nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs im Juli verschoben, welches Trump teilweise Immunität gewährte. Nun steht Merchan vor einer Entscheidung, die die amerikanische Politik für lange Zeit beeinflussen könnte: Soll er Trump wie geplant am 18. September verurteilen oder Trumps Bitte nachkommen und das Urteil auf die Zeit nach dem Wahltag am 5. November verschieben?

Wenn Merchan die Urteilsverkündung verschiebt, würden die Amerikaner wählen, ohne zu wissen, ob Trump ins Gefängnis muss. Wird das Urteil hingegen wie geplant verkündet, wird Trump sicher behaupten, dass der Richter versucht, die Wahl zugunsten von Trumps Kontrahentin, Vizepräsidentin Kamala Harris, zu beeinflussen.

Hunter Biden bekennt sich in Steuerfall schuldig

Hunter Biden hat gestern in Los Angeles ein Schuldbekenntnis zu neun Anklagepunkten wegen Steuerhinterziehung abgegeben. Dieser Schritt signalisiert das Ende einer schwierigen Untersuchung, die sich auf die Zeit konzentriert, in der Biden – damals schwer von seiner Drogensucht gezeichnet – seinen renommierten Familiennamen nutzte, um lukrative Beratungsverträge im Ausland zu schließen, ohne jedoch die entsprechenden Steuern zu zahlen.

Biden bleibt bis zu seiner Urteilsverkündung Mitte Dezember auf freiem Fuß. Er sieht sich jedoch mit dem Risiko einer beträchtlichen Gefängnisstrafe von bis zu 17 Jahren oder einer Geldstrafe von bis zu 1,3 Millionen Dollar konfrontiert. Dies kommt zu der möglichen Strafe von 25 Jahren hinzu, die ihm bereits im Juni in Delaware droht, nachdem er wegen Falschangaben bei einem Waffenantrag verurteilt wurde.



WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

Gaza: Stunden nach Abschluss der ersten Phase einer Impfkampagne gegen Polio unter Kleinkindern griff Israel den Hof eines Krankenhauses im Zentrum von Gaza an. Vier Menschen kamen ums Leben, so die palästinensische Nachrichtenagentur.

Westjordanland: Fünf Palästinenser wurden am frühen Donnerstag durch einen israelischen Luftangriff getötet. Lokale Medien berichten, dass der israelische Militäreinsatz in mehreren Städten des Westjordanlandes bereits den neunten Tag andauert.

Nigeria: Die Terrorgruppe Boko Haram tötete mindestens 170 Dorfbewohner im Nordosten des Landes. Gemeindevorsteher bezeichnen dies als einen der tödlichsten Angriffe in den letzten Jahren.

Ukraine: Der russische Präsident Wladimir Putin verstärkte seine Drohungen gegen die Ostukraine und bezeichnete die russische Offensive in diesem Gebiet als „oberste Priorität“ für das Militär.

USA: Ein 14-jähriger Schüler in Georgia, der beschuldigt wird, auf seine Lehrer und Mitschüler geschossen zu haben, stammte laut Familienmitgliedern aus einem schwierigen Umfeld. Auch sein Vater wurde in Verbindung mit der Schießerei verhaftet.

Cyberkriminalität: Die US-Behörden haben ihre Fahndung nach Russlands Elite-Hackern ausgeweitet und eine Belohnung von bis zu 60 Millionen Dollar für deren Festnahme ausgeschrieben.

Stürme: Taifun Yagi bewegt sich auf den Süden Chinas zu. Er könnte der heftigste Sturm sein, der die Provinz Hainan seit einem Jahrzehnt trifft.

Irak: Ein UN-Team versucht fieberhaft, den Genozid an den Jesiden durch den Islamischen Staat zu dokumentieren, bevor die irakische Regierung das Team zum Verlassen des Landes auffordert.

Nicaragua: Das Land hat 135 politische Gefangene freigelassen, darunter 13 Personen, die mit einer amerikanischen evangelikalen Kirche verbunden sind. Die Freilassung erfolgte im Rahmen eines von den USA vermittelten Abkommens.